

Vollzug des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG)

Bekanntmachung

Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG), Bayer. Verwaltungsverfahrensgesetz (BayVwVfG);

Anhörungsverfahren zur Planfeststellung für das Vorhaben ABS 48 Ausbaustrecke München - Lindau - Grenze D/A, Planfeststellungsabschnitt 4 Bf Türkheim;

Elektrifizierung und Ausbaumaßnahmen von Bahn-km 6,250 bis Bahn-km 10,004 der Strecke 5360 Buchloe – Memmingen sowie Anpassungsmaßnahmen an der Strecke 5340 Gessertshausen – Türkheim von Bahn-km 40,874 bis Bahn-km 41,980 mit Änderung des Bahnübergangs bei Bahn-km 41,923 (MN 10) sowie an der Strecke 5361 Türkheim – Bad Wörishofen von Bahn-km 0,798 bis Bahn-km 1,421 mit Änderung des Bahnübergangs bei Bahn-km 0,798 (St 2518) in der Stadt Bad Wörishofen und in den Gemeinden Türkheim und Rammingen mit trassenfernen naturschutzrechtlichen Kompensationsmaßnahmen sowie Baustelleneinrichtungsflächen in der Gemarkung Oberrammingen bei Bahn-km ca. 9,5 (Strecke 5360)

Das Eisenbahn-Bundesamt, Außenstelle München, hat für das o.g. Vorhaben in den Gemeinden Türkheim und Rammingen sowie der Stadt Bad Wörishofen das Planfeststellungsverfahren nach § 18 AEG eingeleitet und die Regierung von Schwaben mit der Durchführung des Anhörungsverfahrens zur Planfeststellung beauftragt.

Die Planunterlagen für das Bauvorhaben bestehen neben dem Erläuterungsbericht u.a. aus einem Bauwerksverzeichnis, Grunderwerbsplänen, Gutachten und mehreren Übersichts- und Lageplänen.

Der Plan liegt in der Zeit

von Dienstag, den 02.02.2016 bis einschließlich Dienstag, den 01.03.2016

in der Verwaltungsgemeinschaft / Gemeindeverwaltung Türkheim (Maximilian-Philipp-Straße 32, 86842 Türkheim (*Erdgeschoß, Zimmer-Nr. 6 bzw. Zimmer-Nr. 7*))

und der Gemeinde Rammingen (Gemeindekanzlei, Friedhofstraße 2, 86871 Rammingen während der Dienststunden zur allgemeinen Einsichtnahme aus

Parallel dazu besteht auch die Möglichkeit zur Einsichtnahme im Internet unter <http://www.rammingen.de/category/aktuelles> oder unter der Homepage-Adresse <http://evit-net.de/abs48/pfa4/>

1. Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann bis **spätestens zwei Wochen** nach Ablauf der Auslegungsfrist, das ist bis einschließlich

Dienstag, den 15.03.2016

schriftlich oder zur Niederschrift bei der Geschäftsstelle der Verwaltungsgemeinschaft / der Gemeinde Türkheim (Maximilian-Philipp-Straße 32, 86842 Türkheim), der Gemeinde Rammingen (Friedhofstraße 2, 86871 Rammingen) oder bei der Regierung von Schwaben (Fronhof 10, 86152 Augsburg, Zimmer Nr. S 208) Einwendungen schriftlich oder zur Niederschrift erheben. Maßgeblich ist das Eingangsdatum bei der Verwaltungsbehörde.

Dies gilt gleichermaßen für die Einwendungen und Stellungnahmen der nach landesrechtlichen Vorschriften im Rahmen des § 60 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) anerkannten Vereine sowie sonstiger Vereinigungen, soweit sich diese für den Umweltschutz einsetzen und nach in anderen gesetzlichen Vorschriften zur Einlegung von Rechtsbehelfen in Umweltangelegenheiten vorgesehenen Verfahren (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz) anerkannt sind.

Alle Einwendungen müssen eine Adressangabe aufweisen und persönlich unterschrieben sein. Vertreter von Einwendungsführern haben ihre Vertretungsberechtigung durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachzuweisen. Einwendungen können derzeit **nicht** per E-Mail erhoben werden.

Die Einwendung muss den geltend gemachten Belang und das Maß seiner Beeinträchtigung erkennen lassen. Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind Stellungnahmen von Vereinigungen sowie alle Einwendungen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, ausgeschlossen (Art. 73 Abs. 4 Satz 3 BayVwVfG). **Verspätet eingegangene Einwendungen bleiben daher bei der Erörterung nach unten stehender Ziffer 2 und bei der Entscheidung nach unten stehender Ziffer 5 unberücksichtigt.**

In Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleich lautender Texte eingereicht werden, ist ein Unterzeichner mit Namen und Anschrift als Vertreter der übrigen Unterzeichner für das Verfahren zu bezeichnen, soweit er nicht von ihnen als Bevollmächtigter bestellt worden ist. Diese Angaben müssen deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten sein, andernfalls können diese Einwendungen unberücksichtigt bleiben.

2. Rechtzeitig erhobene Einwendungen werden vorbehaltlich einer noch zu treffenden Entscheidung nach § 18a Nr. 1 Satz 1 AEG in einem Erörterungstermin behandelt, der noch ortsüblich bekannt gemacht wird. Diejenigen, die Einwendungen erhoben haben bzw. – bei gleichförmigen Einwendungen im Sinne der obigen Ziffer 1 – deren Vertreter oder Bevollmächtigte, werden von dem Erörterungstermin gesondert benachrichtigt. Falls mehr als 50 solcher Benachrichtigungen vorzunehmen sind, können diejenigen, die Einwendungen erhoben haben, von dem Erörterungstermin durch öffentliche Bekanntmachung benachrichtigt werden. Die öffentliche Bekanntmachung wird dadurch bewirkt, dass der Erörterungstermin im amtlichen Veröffentlichungsblatt der Anhörungsbehörde sowie in den örtlichen Tageszeitungen bekannt gemacht wird, die in dem Bereich verbreitet sind, in dem sich das gegenständliche Vorhaben voraussichtlich auswirken kann. Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden.
3. Durch Einsichtnahme in den Plan, Erhebung von Einwendungen, Teilnahme am Erörterungstermin oder Bestellung von Vertretern entstehende Aufwendungen werden nicht erstattet.
4. Entschädigungsansprüche, soweit über sie nicht in der Planfeststellung zumindest dem Grunde nach zu entscheiden ist, werden nicht in dem Erörterungstermin, sondern in einem gesonderten Entschädigungsverfahren behandelt.
5. Über die Einwendungen wird nach Abschluss des Anhörungsverfahrens durch das Eisenbahn-Bundesamt, Außenstelle München, als Planfeststellungsbehörde entschieden. Die Entscheidung ergeht als Planfeststellungsbeschluss. Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind

Zuständig für die Durchführung des Anhörungsverfahrens einschließlich des Erörterungstermins sowie für die diesbezügliche Erteilung von Auskünften und die Entgegennahme von Äußerungen und Fragen ist die Regierung von Schwaben.

6. Mit Beginn der Auslegung des Planes treten die Anbaubeschränkungen und die Veränderungssperre nach § 19 AEG in Kraft. Darüber hinaus steht ab diesem Zeitpunkt dem Vorhabenträger ein Vorkaufsrecht an dem vom Plan betroffenen Flächen zu (§ 19 Abs. 3 AEG).

Gemeinde Rammingen, 25.01.2016



Schwele
1. Bürgermeister



Ortsüblich angeschlagen am: 26.01.2016
abgenommen am: 03.03.2016